

12. September 1971: Denkschrift des sowjetischen Außenministers A. A. Gromyko an Generalsekretär des ZK der KPdSU, L. I. Brežnev, zum bevorstehenden Treffen mit dem Bundeskanzler der BRD, W. Brandt*

Zum Gespräch mit Brandt

Es ist nun etwas mehr als ein Jahr vergangen, seit wir uns mit Ihnen, Herr Bundeskanzler, anlässlich der Unterzeichnung des Vertrages zwischen der UdSSR und der BRD in Moskau das letzte Mal getroffen haben. Und wenn sich uns heute erneut die Möglichkeit für einen offenen Meinungsaustausch zu Fragen von gemeinsamem Interesse bietet, dann zeugt dieser Umstand von der Verbesserung der Atmosphäre zwischen unseren Ländern und vom gegenseitigen Bemühen um eine Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der BRD. Wir begrüßen eine solche Herangehensweise und sind der Meinung, dass ein ausführlicher Meinungsaustausch mit Ihnen nicht nur eine Analyse der gegenwärtigen Lage erlaubt, sondern auch die grundlegenden Richtungen der zukünftigen sowjetisch-westdeutschen Beziehungen im Interesse der Völker unserer Länder und der Festigung des Friedens in Europa vorgibt.

Der Moskauer Vertrag und die gegenwärtige Lage in Europa. Heute können wir mit vollem Recht feststellen, dass der Lauf der Ereignisse in Europa seit unserem letzten Treffen eindeutig die objektive Notwendigkeit und – wenn Sie möchten – auch das Muster unseres Vorgehens bestätigt hat. Obwohl der Vertrag noch nicht in Kraft getreten ist, wird sein positiver Einfluss nicht nur auf die sowjetisch-westdeutschen Beziehungen, sondern auch hinsichtlich der Lage in Europa insgesamt ersichtlich. Der Vertrag stellt einen dauerhaften Markstein im System der gegenwärtigen internationalen Beziehungen dar, er wurde zu einem wichtigen Stabilitätsfaktor in Europa und zu einer Tatsache, die auch von seinen Gegnern nicht geleugnet werden kann.

Die Grundlage des von uns abgeschlossenen Vertrages stellen die Prinzipien der Unverletzlichkeit der europäischen Grenzen und der Gewaltverzicht dar. Ohne eine Festschreibung dieser Prinzipien könnte von der Herstellung der erforderlichen Bedingungen für eine Schaffung von Vertrauen und gegenseitigem Verständnis zwischen unseren Ländern und von einer Entspannung sowie eines gesicherten Friedens in Europa keine Rede sein. Fast überall auf der Welt wurde die Vertragsunterzeichnung begrüßt. Der Vertrag wurde offiziell auch von Ihren wichtigsten Verbündeten gebilligt, obwohl – wie uns und natürlich auch Ihnen klar ist – so mancher im Westen seine Befürchtungen nicht verbergen konnte, wonach eine Normalisierung der Beziehungen mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern der BRD bedeutsame außenpolitische Möglichkeiten eröffnen könnte. Doch es ist anzunehmen, dass sich die Westmächte mit der Zeit an den Gedanken gewöhnen müssen, dass ausgehend von realistischen und gutnachbarschaftlichen Beziehungen das Gewicht und der Einfluss der BRD in internationalen Angelegenheiten nicht nur im Westen, sondern auch im Osten anwachsen wird.¹

Als Hauptgegner des Vertrages fungieren bislang die CDU/CSU, die neonazistische „Nationaldemokratische Partei“ sowie andere revanchistische Gruppen und Organisationen. Unserer Auffassung nach lassen sich die Christdemokraten dabei in erster Linie vom Bestreben leiten, Ihre Regierung um jeden Preis zu diskreditieren. Das Verhalten von CDU/CSU offenbart auch die Tendenz dieser Partei zu Leitsätzen des Revanchismus und Nationalismus, es zeugt von Unvermögen und

* RGANI, F. 80, op. 1, d. 570, S. 134–156. – Begleitschreiben: „An Genossen L. I. Brežnev. Ich lege Ihnen eine Denkschrift zur etwaigen Verwendung für das bevorstehende Treffen mit Brandt vor. A. Gromyko [Unterschrift], 12. September 1971.“ Hs. vermerkt: „Alle – dafür. Gen. Suslov, Gen. Šel[epin] radiostenograph. erörtert [unleserlich] (aufgenommen vor der Beratung.)“ Hs. auf S. 2: „Versandt [laut Verteiler].“ Mit hs. Markierungen und Unterschrift von Brežnev.

¹ Dieser Satz wurde am rechten Rand mit einem Strich und einem Häkchen versehen.

insbesondere von der Weigerung, die eigenen Vorhaben mit der realen Lage in Einklang zu bringen.

Die führenden Köpfe der CDU/CSU versuchen, den Eindruck zu vermitteln, dass sie, wenn sie an der Macht wären, sich mit der Sowjetunion auf anderer Basis einigen könnten, als dies die Regierung Brandt/Scheel tat. Unter Berufung auf die standhafte Haltung der sowjetischen Führung können Sie, Herr Bundeskanzler, ihnen mitteilen, dass es für eine Übereinkunft mit der Sowjetunion keine andere Grundlage als die Anerkennung der gegenwärtigen territorialen und politischen Realitäten in Europa gab und geben konnte. Wir sind überzeugt davon, dass die Befürworter einer Politik der „harten Hand“ früher oder später von der Realität des Lebens belehrt werden. Jedenfalls wurde ihnen mit dem Abschluss des Vertrages am 12. August bereits eine gründliche Lektion erteilt. Nicht zufällig beginnen einige Politiker aus den Reihen der CDU/CSU darüber zu sprechen, dass man den Vertrag aus der europäischen Wirklichkeit nicht mehr weglegen könne und man mit ihm leben müsse. Augenscheinlich beginnen Sie zu begreifen, welche Pluspunkte der Vertrag der BRD bietet, etwa auch im Sinne der Weiterentwicklung des Landes als wichtiger selbstständiger Staat.²

Und wenn die oben genannten Kräfte dem gesunden Verstand zum Trotz immer noch den Versuch wagen, das Inkrafttreten des Vertrages zu verhindern und sie die Entwicklung zurückdrehen wollen, dann kann man aller Wahrscheinlichkeit nach sagen, dass dies weitreichende Konsequenzen nach sich ziehen würde. Der Widerstand des eigenen Volkes, das der Zeit des Kalten Krieges überdrüssig ist, die zweifellos eintretende staatliche Isolierung der BRD, eine entsprechende Reaktion der UdSSR und ihrer Bündnispartner, die elementaren Bedürfnisse der BRD und viele andere Faktoren würden letztendlich jede westdeutsche Regierung dazu zwingen, eine Politik des Realismus und einer politischen Zusammenarbeit in Europa einzuschlagen, jedoch bereits mit erheblichen Verlusten für die BRD.

Aber wir glauben, dass dies nicht eintreten wird. Davon sind wir und Sie heute wohl mehr überzeugt als gestern.

Die führenden Köpfe der Regierungskoalition und Sie persönlich, Herr Bundeskanzler, haben nicht bloß einmal auf die positive Wirkung des Vertrages auf die europäischen Angelegenheiten verwiesen. Wir teilen diese Einschätzungen, weil sie sich als unumstößliche Tatsachen erwiesen haben. Im Grunde genommen wurden vor dem Hintergrund des sowjetisch-westdeutschen Vertrages erfolgreiche Verhandlungen zwischen der BRD und der Volksrepublik Polen geführt, es wurde ein Meinungsaustausch zu wichtigen politischen Fragen mit der Tschechoslowakei begonnen, und es werden Gespräche zwischen der DDR und BRD und dem Senat von Westberlin geführt. Zweifellos haben sich die Bedingungen für die Einberufung der gesamteuropäischen Konferenz verbessert. Die Tatsache der Unterzeichnung des Vertrages bringt einen positiven Einfluss mit sich, auch auf die Herangehensweise der interessierten Staaten zu einer Reihe von anderen internationalen Fragen. Ich spreche schon gar nicht von unseren bilateralen Beziehungen, in denen es das erste Mal in den Nachkriegsjahren zu einer erheblichen Verbesserung gekommen ist.³

All diese positiven Elemente können wir bereits heute erkennen, obwohl der Vertrag noch gar nicht in Kraft getreten ist und seine grundlegenden Elemente noch nicht realisiert wurden und auch noch nicht realisiert werden konnten. Dies unterstreicht bloß den großen Umfang der Angelegenheit, mit der wir an Sie im letzten Jahr herangetreten sind, und es zeugt davon, dass noch viele Anstrengungen unternommen werden müssen, um das Angedachte umzusetzen.

Die Ratifizierung des Moskauer Vertrages. Wir wissen natürlich, welcher Kampf in der BRD rund um die Frage der Ratifizierung des Vertrages geführt wird und können unserer Meinung nach real einschätzen, wie sich der Grad an Widerstand gegen den Vertrag seitens gewisser Kreise darstellt. Es muss gesagt werden, dass sich die christlich demokratische Opposition hinsichtlich ihrer

² Die letzten beiden Sätze wurden am rechten Rand mit einem Strich versehen.

³ Dieser Absatz wurde am rechten Rand mit einem Strich versehen.

Aggressivität, ihrer Undeutlichkeit in den Mitteln des politischen Kampfes mehr oder weniger als einzigartig in ihrer Form und Art unter den gegenwärtigen parlamentarischen Systemen des Westens erweist. Das alles ist so. Aber offen gesagt, so scheint es uns, hat es die Regierung der BRD selbst, ob sie das nun wollte oder nicht, mit ihrer Verschiebung der Vertragsratifizierung der Opposition ermöglicht, Kräfte für einen Kampf gegen den Vertrag zu mobilisieren. Aber das ist nun bereits Vergangenheit. Ich mache auch gar keinen Vorwurf, sondern nehme bloß eine nüchterne Analyse der Lage vor.

Ihre Seite hat bekanntlich ein Junktim zwischen der Ratifizierung des Moskauer Vertrages und der Erzielung eines Abkommens zu Westberlin hergestellt. Sie kennen unsere Einstellung zu dieser Frage – ich habe sie Ihnen im Zuge unseres letzten Treffens dargelegt und werde sie hier nicht wiederholen. Die Zeit hat die Richtigkeit unserer Einschätzungen bestätigt.

Gegenwärtig wurde das Abkommen zu Westberlin unterzeichnet. Es ist weitgehend bekannt, und ich hoffe, dass Sie uns zustimmen, Herr Bundeskanzler, wie weit die Sowjetunion ihren Partnern zwecks der Erzielung einer Übereinkunft entgegengekommen ist und wie viel im Sinne einer Berücksichtigung der Wünsche und Interessen der westdeutschen Seite getan wurde. Es gab nicht wenige Schwierigkeiten, und für uns war es nicht einfach, auf einige Dinge einzugehen. Aber wir haben es gemacht. Wir wissen, dass in indirekter Weise auch Sie Ihren Beitrag im Sinne der Übereinkunft geleistet haben, und ich sage es geradeheraus, wir schätzen das.

Die Unterzeichnung des Viermächteabkommens rief auf der ganzen Welt eine seltene einmütige Gutheißung hervor. Dies führte vor allem in der BRD zu einer erheblichen Untergrabung der Positionen der Gegner einer Normalisierung der Beziehungen zwischen Ost und West. Soweit uns bekannt ist, gibt es im Lager der CDU/CSU gegenwärtig keine Einigkeit darüber, was den Widerstand gegenüber Ihrem außenpolitischen Kurs betrifft.

Auf diese Weise ist eine neue Situation eingetreten. Die Frage der Ratifizierung ist auf die Tagesordnung gelangt, sogar wenn man sich an die Aufgabe der Ratifizierung aus Sicht der BRD nähert. Ich verberge nicht, dass wir darauf zählen, dass in dieser Frage Ihre Regierung gegenwärtig die vorliegenden günstigen Möglichkeiten nützt und die notwendige Beharrlichkeit und Härte an den Tag legt. Das ist umso unumgänglicher, weil es auch nach der Unterzeichnung des Viermächteabkommens in der BRD noch politische Akteure gibt, darunter auch – was sonderbar ist –, sogar in den Reihen Ihres Partners in der Regierungskoalition, in der FDP, die erneut die Ratifizierung hinauszögern möchten. Dafür werden jetzt neue Vorwände, neue Gründe gesucht, und man verweist darauf, dass man auf den Abschluss der Verhandlungen der deutschen Behörden über die Frage ihrer Zuständigkeit warten müsse, dass das Viermächteabkommen bislang nicht in Kraft getreten sei und man noch sehen müsse, wie dieses wohl in der Praxis funktionieren werde u. Ä.

Ähnlich gelagerte Gründe und Motive könnte man beinahe endlos aufzählen. Hinter all dem kann klar die Linie all jener Kreise der BRD erkannt werden, die von den sozialistischen Ländern irgendwelche neuen Zugeständnisse fordern. Aber das ist eine aussichtslose Taktik. Letztendlich kann sie sich gegen die Interessen Ihrer Regierung wenden.

Es ist eine Tatsache, dass für die Ratifizierung des Moskauer Vertrages im Bundestag gegenwärtig keine objektiven Hindernisse vorliegen. Wir sind überzeugt und ich hoffe, Herr Kanzler teilt ebenfalls die Meinung, dass die Verhandlungen der deutschen Behörden über Fragen ihrer Zuständigkeit innerhalb kurzer Zeit abgeschlossen werden können und müssen. Dafür gibt es alle notwendigen Voraussetzungen. Die Regierung der DDR ist in diese Verhandlungen gegangen, ohne irgendwelche Vorbedingungen zu stellen. Sie ist mehr als entschlossen, diese Verhandlungen konstruktiv zu führen und zu einem positiven Ergebnis zu bringen. Wir hoffen, dass die Regierung der BRD eine analoge Vorgehensweise an den Tag legt und sie keinerlei von der Seite hereingetragenen erschwerenden Faktoren zulassen wird.

Die Verhandlungen zwischen den deutschen Behörden können in den nächsten ein bis zwei Monaten abgeschlossen werden, und es bleibt dann nur noch ein formaler Akt durchzuführen, nämlich die Inkraftsetzung des Viermächteabkommens. Es versteht sich von selbst, und wir gehen davon

aus, dass das Abkommen über Westberlin nur im Falle einer Ratifizierung des Vertrages in Kraft treten wird. Wir gehen auch davon aus, dass der Vertrag zwischen der Volksrepublik Polen und der BRD zum gleichen Zeitpunkt ratifiziert sein wird wie auch der Moskauer Vertrag. Diese unsere Sichtweise wurde der westdeutschen Seite bereits zur Kenntnis gebracht, und sie wird von ihr zur Gänze geteilt. Die Thematisierung der Frage auf einer solchen Ebene führt zweifellos zu einer Untergrabung der Position der Gegner des Vertrages, und wir hoffen, dass die Regierung der BRD und der Kanzler persönlich in dieser Richtung aktiv sein werden und alle parlamentarischen, propagandistischen und anderen Möglichkeiten ausschöpfen.⁴

Perspektiven der sowjetisch-westdeutschen Beziehungen

Die Ratifizierung des Vertrages erachten wir als einen Akt von großer Wichtigkeit, und nicht als Selbstzweck. Außerordentlich wichtig ist es, auf Grundlage dieses Vertrages eine breite fruchtbringende Zusammenarbeit auf allen Gebieten und zum gegenseitigen Nutzen und zum Wohl der gesamten Welt zu schaffen. Es geht hier nicht um gewöhnliche Schritte in den Beziehungen zwischen unseren Ländern, sondern um eine grundlegende Kehrtwende und um eine Abkehr von Feindseligkeit und Nichtvertrauen hin zu einer echten gutnachbarschaftlichen Beziehung. Ich unterstreiche, dass bei einer solchen Kehrtwende beide Seiten als Gewinner hervorgehen würden. Was die Bundesrepublik betrifft, so wird die Umgestaltung ihrer Beziehungen mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern nach grundlegend neuen Prinzipien eine wesentliche Vereinfachung ihrer internationalen Positionen, ihrer Selbstständigkeit und Unabhängigkeit nach sich ziehen. So schätzen wir die Lage ein. Mit großer Freude und mit Zufriedenheit höre ich mir gerne Ihre Meinung diesbezüglich an.

Die Zeit und die Praxis werden uns die zielführendsten Formen und Ausrichtungen unserer Zusammenarbeit zeigen, aber bereits jetzt könnten wir, wie es scheint, grundlegende Konturen und grundlegende Linien unserer gemeinsamen Arbeit ins Auge fassen.

Auf dem Gebiet der politischen Zusammenarbeit, die in den sowjetisch-westdeutschen Beziehungen ein gänzlich neues Feld betreten würde, könnte es darum gehen, dass man eine Entwicklung von regelmäßigen – und ich hebe dies besonders hervor – von regelmäßigen Beratungen auf unterschiedlichen Ebenen zu aktuellen Fragen der europäischen und Weltpolitik sowie eine Ausarbeitung oder eine Abstimmung gemeinsamer Schritte im Interesse einer Festigung des Friedens und der Sicherheit in die Wege leitet. Uns haben bislang vor allem bestimmte Positionen früherer Regierungen der BRD zu Fragen der Nachkriegsordnung, deren Weigerung sich mit den als Ergebnis des Krieges und der Nachkriegsentwicklung entstandenen Tatsachen auseinanderzusetzen sowie nicht rechtmäßige Ansprüche auf Westberlin getrennt. Der Moskauer Vertrag und das Abkommen über Westberlin sowie deren konsequente Umsetzung beseitigen die Hindernisse für unser Zusammenwirken in einem größtmöglichen Kontext.⁵

Ein Inkrafttreten des Vertrages würde es wohl erlauben, bereits in den nächsten Monaten unseren⁶ entsprechenden Besuch in der Bundesrepublik Deutschland zu absolvieren und damit die Einladung wahrzunehmen, die von Ihnen, Herr Bundeskanzler, im August letzten Jahres überreicht worden war. Wir erachten die bereits stattfindenden Treffen zwischen den Außenministern als nützlich und sind bereit, die Kontakte auf dieser Ebene zu unterstützen. Es ist anzunehmen, dass die unlängst hergestellten Beziehungen auf Parlamentsebene in Bezug auf die politische Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der BRD ebenfalls eine wichtige Rolle spielen werden. Wir sind für eine Belebung auch dieser Beziehungen.

⁴ Die letzten vier Sätze wurden am rechten Rand mit einem Strich versehen.

⁵ Dieser Absatz wurde am rechten Rand mit einem Strich versehen.

⁶ Unterstrichen.

Handels- und Wirtschaftszusammenarbeit und der wissenschaftlich-technischer Austausch. Hier gilt es ganz offen zu sagen, dass unsere Möglichkeiten auf diesem Gebiet überaus umfassend und vielversprechend sind. Unsere Länder sind diesbezüglich keine Konkurrenten, sondern ergänzen einander in praktischer Weise. Außerdem beginnen wir auch nicht gänzlich bei Null. Wir haben eine gewisse Erfahrung in einer für beide Seiten gedeihlichen Umsetzung dieser Sache. Es gibt ein großes Interesse sowohl bei sowjetischen Organisationen und Unternehmen als auch bei westdeutschen Geschäftskreisen, die Zusammenarbeit auf ein höheres Niveau zu heben.

Am perspektivenreichsten und vielversprechendsten wäre eine Umsetzung von großangelegten Projekten und Verträgen mit einer nach Möglichkeit vollen Nutzung der industriell-wirtschaftlichen Potenziale unserer Länder. In dieser Hinsicht könnte die Unterzeichnung des Vertrages über die Lieferungen von sowjetischem Erdgas im Austausch gegen Rohre mit großem Durchmesser als Beispiel herangezogen werden. Wir sind, neben den traditionellen Formen des Handelsaustausches, zum Ausbau auch der industriellen Kooperation auf Gebieten wie der Elektronik, der Radiotechnik, des Maschinenbaus und des Fahrzeugbaus sowie zum Austausch neuester technologischer Prozesse in der Eisen- und Stahlindustrie bereit.

Die Vertreter angesehener westdeutscher Firmen haben uns über ihr Interesse am Erhalt von Hilfe aus der Sowjetunion beim Bau von Kernkraftwerken und an sowjetischen Lieferungen von angereichertem Uran berichtet. Wir sind bereit, diese Vorschläge gründlich zu prüfen. Wir unsererseits könnten wohl einige westdeutsche Anlagen für Kernkraftwerke erwerben. Als überaus realistisch erweist sich auch eine unmittelbare Bündelung der Bemühungen unserer Länder beim Bau von Großreaktoren. Soweit mir bekannt ist, haben sowjetische Behörden und auch westdeutsche Firmen gegenwärtig damit begonnen, konkrete Vorschläge zu all diesen Fragen auszuarbeiten.

Wir hoffen, dass in der Entwicklung der Handels- und Wirtschaftszusammenarbeit, v. a. was die großen Projekte angeht, die Regierung der BRD sich nicht bloß auf die Initiative dieser oder jener westdeutschen Firmen verlassen, sondern auch eine aktive und tonangebende Rolle in dieser Hinsicht spielen wird.

Zweifellos vorhanden ist das gemeinsame Bestreben sowjetischer und westdeutscher Wissenschaftler, Ingenieure und Techniker nach einer Aktivierung des wissenschaftlich-technischen Austausches⁷. Man kann eine solche Bemühung nur begrüßen, insbesondere, wenn man das hohe Niveau der Wissenschaft und Technik in unseren Ländern in Betracht zieht. Selbiges gilt es auch über die Entwicklung der Beziehungen auf dem Gebiet der Kultur⁸ zu sagen. Der Austausch unterschiedlicher Ausstellungen, von Gastspielen, künstlerischen Kollektiven und Solisten, von Fernsehprogrammen, die Durchführung von Symposien von Angehörigen der schöpferischen Intelligenz – damit ist die Liste unserer gemeinsamen, auf diesem Gebiet möglichen Beziehungen bei Weitem noch nicht erschöpft.

Die Arbeit in all diesen Richtungen wird neben einer Beschleunigung des Fortschritts beim wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Wachstum unserer Länder auch eine überaus wichtige Rolle zur Überwindung der Voreingenommenheit und des Misstrauens, die eine Folge des Krieges und einer künstlich im Westen geschaffenen Feindseligkeit gegenüber der Sowjetunion sind, spielen. Sie wissen diesbezüglich genauso gut Bescheid wie wir.

Unter den nunmehr eingetretenen neuen Bedingungen wäre es wohl gerechtfertigt, unsere praktischen bilateralen Beziehungen auf eine vertragsrechtliche Grundlage zu stellen und entsprechende Abkommen über den Handel, den wissenschaftlich-technischen und kulturellen Austausch abzuschließen. Unsererseits gibt es in dieser Hinsicht eine Bereitschaft dazu.

Über den Austausch von Militärattachés mit Bonn. Die westdeutsche Regierung hat über die Kanäle des Auswärtigen Amtes und direkt über Verteidigungsminister Schmidt beim sowjetischen Botschafter in Bonn die Möglichkeit eines Austausches von Militärattachés sondiert. Man könnte

⁷ Die Wörter „wissenschaftlich-technischen Austausches“ wurden im Original unterstrichen.

⁸ Die Wörter „Gebiet der Kultur“ wurden unterstrichen.

Brandt mitteilen, dass im Zuge der Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern und der Herstellung einer Atmosphäre unbedingten Vertrauens diese Frage positiv gelöst werden könnte. (Im Falle eines Austausches von Attachés könnte die Frage der Auflösung der sowjetischen militärischen Verbindungsmissionen in Westdeutschland und der Missionen der drei Westmächte beim sowjetischen Oberkommando in der DDR thematisiert werden. Es wäre zielführend, diese Frage gesondert und unter Hinzuziehung des Verteidigungsministeriums der UdSSR zu behandeln. Die deutschen Freunde haben sich mehrmals für eine Auflösung der Institution der erwähnten Militärmissionen ausgesprochen, weil sie diese als Rest der Besatzungszeit erachten.)

Fragen der Umsetzung der Absichtserklärung. Das Inkrafttreten des Vertrages rückt offensichtlich die Frage gemeinsamer Aktivitäten der BRD und der UdSSR zur Umsetzung der im letzten Jahr erzielten Absichtserklärung in den Vordergrund.

Ich muss, Herr Bundeskanzler, an dieser Stelle nicht darüber sprechen, welche Bedeutung eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der BRD und der DDR für eine friedliche Zukunft Europas haben würde. Sie selbst behalten diese Frage immer in Ihrem Blickfeld und wissen dies sehr gut. Unglücklicherweise nahm diese Frage eine zentrale Position in der Absichtserklärung der beiden Seiten ein.

Das Wichtigste in dieser Hinsicht ist es, eine Lage zu schaffen, in der der Prozess der Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten tatsächlich auf der Grundlage von völliger Gleichberechtigung, der Nichtdiskriminierung sowie der Achtung der Unabhängigkeit und der Selbstständigkeit beider Seiten stattfindet. Dies bezieht sich nicht nur auf die Sphäre des bilateralen Austausches zwischen der BRD und DDR, sondern auch auf die Beziehungen mit Drittstaaten. Einen anderen Zugang, und das wissen Sie, wird die DDR niemals zulassen. Beide Seiten müssen sich, kurz gesagt, an die Realität halten.

Indes zeugen die Tatsachen davon, dass die westdeutsche Seite bereits ziemlich weit von der Einhaltung der genannten Prinzipien und deren Anwendung abgerückt ist. Die BRD mischt sich weiterhin in die Beziehungen der DDR mit Drittstaaten ein, indem sie den Prozess ihrer internationalen Anerkennung zu bremsen versucht, und sie legt alle möglichen Hindernisse für eine Teilnahme der DDR an den Sonderorganisationen der UNO und in anderen internationalen Organisationen u. Ä. in den Weg. Es ist verständlich, dass die BRD unter solchen Bedingungen nicht mit einer anderen Reaktion seitens der DDR rechnen kann, als mit der, die sie erhält.

Die DDR ist vielen Wünschen der BRD überaus weit entgegengekommen, darunter auch in Bezug auf die Ausarbeitung eines Abkommens über Westberlin. Diese Zugeständnisse wurden bislang durch die Aktivitäten Bonns nicht entsprechend kompensiert. Gleichzeitig muss man einfach sehen, und das hat selbst Kanzler Brandt anerkannt, dass für einen Erfolg der gegenwärtigen Politik der BRD nicht nur alleine die Tatsache der Erzielung dieser oder jener Abkommen mit der DDR wichtig ist, sondern auch der Zeitpunkt von deren Erzielung und die Atmosphäre, in der deren Ausarbeitung vorstangeht.

Es wäre nicht im Sinne einer Normalisierung der Beziehungen zwischen der BRD und der DDR, wenn die BRD einen Kurs mit unerfüllbaren und unrealistischen Forderungen an die Adresse der DDR verfolgt, darunter auch im Zusammenhang mit dem Westberliner Abkommen und dem Beitritt der DDR und der BRD zur UNO. Die DDR beschreitet bekanntermaßen nicht diesen Weg, sondern legt einen breiten Zugang an den Tag und berücksichtigt nicht zuletzt die Besonderheiten der innenpolitischen Lage in der BRD. Wir erwarten, dass diese notwendige Art und Weise des Vorgehens von der Bundesregierung mit all ihren daraus erwachsenden praktischen Folgen anerkannt wird.

Aus all dem kann nur eine Schlussfolgerung gezogen werden: In all ihren Aktivitäten in Bezug auf die DDR muss die westdeutsche Seite davon ausgehen, dass die DDR vom völkerrechtlichen Standpunkt aus gesehen ebenso einen souveränen und selbstständigen Staat wie die BRD darstellt.

Es ist höchst an der Zeit, dass die Beziehungen der BRD zur DDR von den Folgen der Adenau-

er-Zeit befreit werden, was insbesondere deshalb wichtig ist, weil es nunmehr um die Umsetzung praktischer Maßnahmen zur Sicherstellung des Beitritts beider deutscher Staaten in die UNO gehen muss.

Unsere tschechoslowakischen Freunde haben uns über die ersten Kontakte mit Vertretern der BRD zur Lösung einiger praktischer Probleme ihrer Beziehungen mit Ihnen informiert.

Wir hoffen, dass die Regierung der BRD und Sie persönlich, Herr Bundeskanzler, einen entsprechenden Einfluss auf den Verlauf der Verhandlungen der BRD mit der ČSSR ausüben werden, um eine Lösung für Fragen zu finden, die mit der Nichtigkeit des Münchener Abkommens von Anfang an [ex tunc] in Zusammenhang stehen, um dadurch die Bedingungen für eine Normalisierung der Beziehungen mit der Tschechoslowakei zu schaffen.

Mit Zufriedenheit stellen wir fest, dass die Bundesregierung positiv gegenüber dem Vorschlag über die Abhaltung der gesamteuropäischen Konferenz zu Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit eingestellt ist und eine Einberufung einer solchen Konferenz als logische Weiterentwicklung jener Ideen erachtet, die im Vertrag vom 12. August 1970 und in der Absichtserklärung prinzipiell festgeschrieben wurden.

Jedoch können wir die Augen davor nicht verschließen, dass die Position der westdeutschen Regierung auch einige negative Elemente enthält, die objektiv gesehen Probleme bei der Vorbereitung einer gesamteuropäischen Konferenz bereiten, was insbesondere den multilateralen Aspekt betrifft. Unsere Ansichten bezüglich der Konferenz wurden von uns mehrfach gegenüber allen interessierten Regierungen und auch der Bundesregierung dargelegt. Wie Sie wissen, nimmt die Sowjetunion in dieser Angelegenheit eine flexible Position ein, die auf eine unverzügliche Einberufung der Konferenz bei maximaler Berücksichtigung der Interessen und Wünsche der teilnehmenden Länder ausgerichtet ist. Diesbezüglich erwarten wir auch seitens der BRD einen konstruktiveren Herangehensweise, die frei ist von Versuchen, vollkommen unterschiedliche Problemfelder miteinander zu verknüpfen.

Eine Reihe westeuropäischer Staaten unterstützt nicht nur die Einberufung dieser Konferenz, sondern legt auch Initiativen an den Tag, die auf eine Beschleunigung der praktischen Vorbereitung der Einberufung der Konferenz abzielen. Es wäre natürlich zu erwarten, dass die BRD, deren führende politische Exponenten sich der Aufgabe der Überwindung der schwierigen Vergangenheit und der Wiedererlangung des Vertrauens der europäischen Völker, die unter Hitlers Aggression gelitten haben, in die Deutschen bewusst sind, all ihren Einfluss für eine unverzügliche Durchführung der Konferenz geltend macht, die dazu aufgerufen ist, wichtige Fragen des Friedens der Sicherheit in Europa zu erörtern. Vieles spricht dafür, dass die Hauptstörfaktoren bei der Vorbereitung dieser Konferenz von außereuropäischen Mächten ausgehen, obwohl dieser Widerstand auch mithilfe entsprechender NATO-Resolutionen verborgen wird. Es scheint uns, dass gerade in der Frage der Einberufung der Konferenz die BRD als eines der führenden Länder Westeuropas Selbstständigkeit und gesamteuropäische Solidarität an den Tag legen könnte.

Über die Rolle der USA in den europäischen Angelegenheiten. Im Bemühen um eine grundlegende Verbesserung der Beziehungen mit der Bundesrepublik verstehen wir natürlich auch, dass ein solcher Entschluss von seiner Bedeutung her weit über die Grenzen unserer bilateralen Beziehungen hinausgeht. Wir möchten die Angelegenheit dahingehend handhaben, dass andere europäische Staaten keinesfalls verlieren, sondern vielmehr von der Ausweitung der sowjetisch-westdeutschen Zusammenarbeit profitieren, um damit das gesamte System der Beziehungen in Europa zu gesunden. Dies bedeutet, dass unsere Beziehungen keinerlei antifranzösischen, antiamerikanischen oder sonstigen tendenziösen Ausrichtungen unterliegen dürfen.

Daneben ist es wichtig, nicht zuzulassen, dass irgendwelche Kräfte von außen weiterhin bei bestimmten ungelösten Fragen in Europa eine Rolle spielen, indem sie europäische Länder gegeneinander ausspielen. Denn die Versuche, die Entwicklung gesunder Prozesse auf dem europäischen Kontinent zu behindern und hier eine Atmosphäre des Kalten Kriegs aufrechtzuerhalten, nehmen

leider kein Ende, wobei all jene, die dies tun, sich bei Weitem nicht von den Interessen der Hausherren – den europäischen Staaten – leiten lassen.

Wenn ich all dies berichte, habe ich im Besonderen die Europa-Politik der USA im Visier. Die Einflussbasis der USA in dieser Region ist überaus groß. Das ist allgemein bekannt. Unserer Meinung nach war dieser Einfluss bislang v. a. von einem keineswegs konstruktiven Charakter geprägt und zielte auf eine weitere Unterstützung der militärischen und politischen Konfrontation in Europa ab. Aber wir können nicht ewig nach Ordnung der 1950er-Jahre leben, denn damit werden wir die derzeitigen internationalen Probleme nicht lösen. Die Sowjetunion sucht einen Ausweg aus dieser Lage, indem sie Wege zu einer dauerhaften freundschaftlichen Beziehung sowohl mit der BRD als auch mit anderen westeuropäischen Staaten beschreitet. Davon nehmen wir auch die Vereinigten Staaten nicht aus.

Aber es ist eine Sache, Beziehungen auf der Grundlage von Gleichberechtigung und gegenseitiger Achtung zu errichten, und eine völlig andere, zu versuchen, sich in die Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen, worauf die Vereinigten Staaten im Hinblick auf die europäischen Staaten immer noch Anspruch erheben.

Es scheint, dass die europäischen Länder über ausreichende Reife und das erforderliche Potenzial verfügen, um selbst zu bestimmen, was gut und was schlecht für Europa ist, und um, v. a. von ihren vitalen Interessen ausgehend, auch eine entsprechende Entwicklung sowohl der bilateralen als auch der multilateralen Beziehungen auf dem europäischen Kontinent ins Auge zu fassen und umzusetzen, was in politischer, wirtschaftlicher, aber auch in anderer Hinsicht gilt. Die USA sind keine europäische Macht und angesichts einer Reihe von speziellen Gründen weichen die Interessen der USA in vielerlei Hinsicht von den grundlegenden Interessen europäischer Länder ab, was zwangsweise zu nicht notwendigen Verkomplizierungen und Schwierigkeiten bei der Entwicklung einer gesamteuropäischen Zusammenarbeit führt.

Ich glaube, dass auch Sie, Herr Kanzler, mehrmals die Möglichkeit hatten, sich von der Sinnhaftigkeit eines Unterscheidens zwischen den staatlichen Interessen der BRD als europäisches Land und der Politik der USA zu überzeugen, wie sie etwa in Indochina oder im Nahen Osten betrieben wird. Es kann nicht daran gezweifelt werden, dass die Lage in Europa wesentlich ruhiger und einer fruchtbringenden Zusammenarbeit dienlicher wäre, wenn die Zick-Zack-Politik der USA ein Ende nehmen würde.

Fragen zum „gemeinsamen Markt“. Während seines Aufenthaltes in Moskau sondierte W. Brandt in allgemeiner Form die Frage über die sowjetische Einstellung gegenüber dem gemeinsamen Markt und die Möglichkeiten zur Herstellung einer Zusammenarbeit zwischen dieser Organisation und dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe. Sollte er dieses Thema erneut aufgreifen und seine Bereitschaft bekunden, diese Frage zu erörtern, könnte man sich gleichzeitig danach erkundigen, wie sich der Kanzler die [Auswirkungen der] Überwindung der Teilung Europas auf unterschiedliche Gruppierungen und die Aufnahme einer gesamteuropäischen Zusammenarbeit unter den Bedingungen des Bestehens der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft als eine weiterhin geschlossene Organisation vorstellt. Es gilt, Kanzler Brandt darum zu bitten, seine Ansichten über die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den westeuropäischen Ländern und den sozialistischen Staaten konkreter dazulegen.

Über das Wirken revanchistischer und neonazistischer Kräfte. Bis heute fügten die Aktivitäten revanchistischer und neonazistischer Kräfte in Westdeutschland der Entwicklung einer vertrauensvollen Beziehung zwischen unseren Ländern erheblichen Schaden zu, indem diese Gruppierungen Ideen des Hasses gegenüber den Völkern der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten sowie Ideen des Revanchismus und des Militarismus verbreiten. Sie führen auch gegen die gesunden konstruktiven Vorhaben Ihrer Regierung einen unversöhnlichen Kampf. Es versteht sich, dass, je konsequenter entsprechende Vorhaben in die Tat umgesetzt werden, desto eher diesen Vergiftern

des internationalen Friedens und der Entspannung der Boden unter den Füßen entzogen wird. Wir glauben, dass es unbedacht wäre, die Dinge einfach so laufen zu lassen. Unserer Meinung nach gilt es, die Revanchisten aktiver als Gegner der nationalen Interessen der BRD zu entlarven und dadurch eine entsprechende Taktik für den Kampf gegen sie zu entwickeln.

Ich möchte diese Frage in einen etwas breiteren Kontext stellen. Es ist bekannt, dass im Laufe der vielen Jahre, in denen die CDU/CSU an der Macht war, der westdeutschen Bevölkerung tagtäglich die Mär von einer „Ungerechtigkeit“ und vom vorübergehenden Charakter der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges aufgedrängt und Illusionen über die Möglichkeiten einer Revision kultiviert wurden. Ehemalige Strategen Hitlers, Historiker, Journalisten und Politiker versuchten zu beweisen, die Niederlage Deutschlands wäre das Ergebnis eines Zufalls gewesen, dass die Zeit für die BRD arbeite und man bloß auf den Augenblick warten müsse, in dem man sozusagen rückwirkend den Krieg gewinnen könne. Dabei handelt es sich natürlich um eine politische Kurzsichtigkeit oder, wenn Sie möchten, auch um Scharlatanerie. Aber all das hat im Bewusstsein eines bestimmten Teils der westdeutschen Bevölkerung leider Spuren hinterlassen. Daher stammt auch die große, langwierige Aufgabe, das Volk der BRD im Geiste einer Anerkennung der politischen und territorialen Realitäten im gegenwärtigen Europa zu erziehen und gutnachbarschaftliche Beziehungen nicht nur mit dem Westen, sondern – im Geiste der Entwicklung einer friedlichen Zusammenarbeit mit allen europäischen Völkern – auch mit dem Osten herzustellen.

Besonders wichtig ist es, eine solche erzieherische Arbeit mit der Jugend durchzuführen und sie vom unheilbringenden Einfluss des Nationalismus und Revanchismus zu schützen. Wir wissen, dass die von Ihnen angeführte Regierung entsprechende Maßnahmen in dieser Hinsicht ergreift. Aber es ist auch bekannt, dass die Kräfte des Revanchismus und des Reaktionären ebenfalls nicht untätig sind. Uns scheint, dass es gegenwärtig am wichtigsten ist, die Bemühungen in diesem Kampf um die Köpfe der Menschen, um die heranwachsende Generation beständig zu intensivieren. Wir denken, dass bei Ihnen, Ihren Gleichgesinnten und Ihrer Partei ausreichend politisches Verständnis⁹ vorhanden ist, um den revanchistischen Kräften den notwendigen Widerstand entgegenzubringen und sie nach Möglichkeit gänzlich aus dem politischen Leben des Landes zu eliminieren.

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auch auf die Tätigkeit der Massenmedien in der BRD lenken. Wir möchten die Bedeutung jener Presseorgane nicht kleinreden, die vernünftige und realistische Positionen vertreten. Aber leider sind die vernünftigen Stimmen in der BRD immer noch in relativer Minderheit. Viele Zeitungen, und nicht selten auch das Radio und Fernsehen der BRD, betreiben weiterhin eine offen feindselige Propaganda und lassen sich zu Ausfällen gegenüber der Sowjetunion und ihrer Politik hinreißen. Eine solche Politik muss zwangsweise Besorgnis hervorrufen.

Die Menschen in der Sowjetunion haben alle Gründe zur Vorsicht und für eine negative Einstellung gegenüber vielen Dingen, die sich in der BRD zutragen. Wenn wir damit beginnen würden, unseren Gefühlen gar über die Presse und andere Massenpropagandaorgane freien Lauf zu lassen, würde dies wohl kaum dabei behilflich sein, die Beziehungen mit der BRD zu normalisieren. Wir glauben, dass wir zu Recht auch von der westdeutschen Seite eine solche Herangehensweise erwarten können.

Wir verstehen natürlich, dass ein bedeutender Teil der Presseorgane sich noch immer in den Händen des Blocks von CDU und CSU befindet und dessen Protagonisten auch beim Radio und Fernsehen wichtige Positionen einnehmen. Aber die Organe der Masseninformatio sind ein über alle Maßen wirksames Mittel zur Erziehung des Volkes und der politischen und moralischen Sicherstellung des gesamten Wirkens der Regierung für das es sich lohnt, täglich einen hartnäckigen Kampf zu führen.

⁹ Wörtlich Im Original: politisches Schießpulver.

Über die Ratifizierung des Atomwaffensperrvertrags durch die BRD. Die Sowjetunion und viele andere Staaten beobachten die Positionen der westdeutschen Regierung in dieser wichtigen Frage sehr genau. Unserer Meinung nach wird eine Ratifizierung des genannten Vertrages durch die BRD ungerechtfertigter Weise in die Länge gezogen. Indes ist die Einstellung jeder beliebigen Regierung zur Frage der Nichtverbreitung von Kernwaffen einer der zentralen Indikatoren, die die prinzipielle Richtung ihres außenpolitischen Kurses charakterisieren. Es soll die Hoffnung zum Ausdruck gebracht werden, dass die Regierung der BRD alle von ihr abhängigen Maßnahmen im Sinne einer schnellstmöglichen Ratifizierung des Vertrages und des Abschlusses eines Abkommens mit der Internationalen Atomenergie-Organisation zu Fragen der Kontrolle ergreifen wird.

Über die Reduzierung der Streitkräfte und der Rüstung in Europa. Wir müssen anmerken, dass die Regierung der BRD ein lebhaftes Interesse an dem sowjetischen Vorschlag hat, die Frage der Reduzierung der Streitkräfte und der Rüstung in Europa zu erörtern. Ebenso blieben in der Sowjetunion all jene Erörterungen und Abwägungen nicht unbemerkt, die Sie, Herr Bundeskanzler, dazu vorgebracht haben, was im Besonderen für Ihren Vorschlag gilt, die Abrüstung mit einem „symbolischen Schritt“ zu beginnen.

Die Reduzierung der Streitkräfte und Rüstung in Europa stellt eine der wichtigsten militärischen und politischen Fragen auf internationaler Ebene dar, deren Lösung durch die Erzielung einer Übereinkunft über andere zentrale Fragen der europäischen Sicherheit erleichtert würde, was auch den Interessen der Festigung des Friedens auf unserem Kontinent dienlich wäre.

Es versteht sich, dass die Frage der Reduzierung der Streitkräfte und Rüstung schwierig und komplex ist. Die sowjetische Seite arbeitet auch weiterhin konkret an ihr, und es wäre nicht schlecht, wenn andere Staaten, darunter auch die Bundesrepublik, ihren Beitrag zu dieser gemeinsamen Angelegenheit leisten würden.

Wir gehen unter Berücksichtigung der Besonderheit der vorliegenden Frage davon aus, dass diese nicht im Rahmen der gesamteuropäischen Konferenz als solche gelöst werden kann; es wäre vielmehr notwendig, sie in einem anderen Forum oder, mit anderen Worten, selbstständig zu erörtern. Man könnte dies zum Beispiel in einem Organ tun, das im Zuge einer gesamteuropäischen Konferenz geschaffen werden könnte und an dem alle interessierten Staaten teilnehmen könnten. Wir haben auch keine Einwände dagegen, einen Meinungsaustausch in dieser Frage zu beginnen und diesen bis zur Einberufung der gesamteuropäischen Konferenz durchzuführen, wenn dies von unseren Partnern gutgeheißen wird.¹⁰

Es ist wichtig, dass durch die Behandlung der Abrüstungsfrage kein Nachteil für die Erörterung anderer Fragen entsteht, insbesondere für die Frage der Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz. Nicht weniger bedeutsam ist auch das Hinzuziehen einer möglichst großen Anzahl an europäischen Staaten zur Erörterung dieser Frage, darunter der Neutralen. Wir sind dagegen, dass die Erörterung der Frage der Reduzierung der Streitkräfte auf der Grundlage von Blöcken stattfindet. Ein solcher Zugang würde wohl von Anbeginn an die Erörterung dieses wichtigen Problems erschweren.

Wir wären froh, Herr Kanzler, die Ansichten der Bundesregierung hören zu können, und zwar sowohl zum Kern des Problems der Reduzierung der Streitkräfte als auch zu den zielführendsten Wegen für dessen Erörterung.

Dies sind unsere Ansichten zu einigen grundlegenden Fragen der Politik und der internationalen Lage, einschließlich Europas.

¹⁰ Dieser Satz wurde am rechten Rand mit einem Strich und einer unleserlichen Anmerkung versehen.